

BALL: Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen!

Die BALL-Fraktion in der Stadtvertretung setzt sich für den Bau von ca. 40 neuen Sozialwohnungen in Barmstedt ein. Die Wohnungen sind gedacht für Personen mit geringen bzw. durchschnittlichen Einkommen und sollen im Rahmen der städtischen Möglichkeiten einen Beitrag gegen steigende Mieten leisten. Dazu hat die BALL inzwischen einen entsprechenden Initiativantrag in die Stadtvertretung eingebracht. Diesem zufolge soll geklärt werden, ob die Schaffung bezahlbaren Wohnraums in Kooperation mit einer Wohnungsbaugenossenschaft oder durch die Stadt selbst erfolgen soll. Die Stadt soll nach Auffassung der BALL den Wohnungsbau durch die Bereitstellung des Grundstücks unterstützen, um dadurch eine niedrigere Miete zu ermöglichen. Selbstverständlich müssen beim Bau höchste energetische Standards erreicht werden. Weiterhin muss die Finanzierung durch Landesmittel und ggf. weitere städtische Mittel geklärt werden.



Erst jüngst forderte die Bau-gewerkschaft IG Bau durch ihren Bezirksvorsitzenden Ralf Olschewski: „Die Wohnungen müssen zum Portemonnaie der Menschen passen. Es kommt darauf an, vor allem bezahlbare Wohnungen und Sozialwohnungen zu bauen.“ Die IG Bau kritisierte, dass im Kreis Pinneberg im Jahr 2018 gegenüber 2017 der Neubau von Wohnungen um 21 % zurückgegangen sei. Der soziale Wohnungsbau benötige eine jährliche Förderung durch Bund und Länder von wenigstens sechs Milliarden Euro. In diesem Jahr sind es nur 1,5 Mrd. Euro, ab 2020 sogar nur 1 Mrd. Euro.

Anfrage der BALL-Fraktion an die Stadtvertretung:

Wird unser Trinkwasser knapp?

-- So weit ist es glücklicherweise noch nicht. Aber man muss aufpassen: In der französischen Ortschaft Vittel – so berichtet u.a. die tagesschau am 7.8.18 – raubt der Nestle-Konzern den Menschen rund 750.000 m³ Quellwasser mit der Folge, dass der Grundwasserspiegel absinkt. Die Einwohner werden zum Wassersparen aufgefordert und Bauern holen Wasser für ihr Vieh aus dem Nachbarort. Der Widerstand gegen den „Wasserraub“ wächst. Wird es in Barmstedt auch so kommen?

■ In Barmstedt schöpft die Meierei/Käsefabrik aus einem Brunnen jährlich einige Hunderttausend – geschätzt rd. 300.000 Kubikmeter Wasser; zum Nulltarif, lediglich der vom Land erhobene „Wassergroschen“ in Höhe von wenigen Cent pro m³ wird bezahlt. Die Meierei greift das Wasser aus dem gleichen Grundwasserleiter in etwa 100 Metern Tiefe ab, aus dem auch die Stadtwerke die Barmstedter/innen versorgen. Der Werkausschuss der Stadt und die BALL haben wiederholt kritisiert, dass der Grundwasserleiter auf seine



Nachhaltigkeit nicht hydrogeologisch untersucht wurde. Man kann spekulieren, warum die zuständige Landesbehörde dies unterlassen hat.

■ Zusätzlich kauft die Meierei/Käsefabrik zeitweilig weitere riesige Mengen – geschätzt einige Hunderttausend m³ – Trinkwasser aus dem Leitungsnetz hinzu. Die Meierei/Käsefabrik zahlt dafür erheblich weniger als die Barmstedter/innen. Die BALL ist der Auffassung, dass die Entnahme großer Mengen von Trinkwasser für industrielle Zwe-

cke schnellstmöglich zu beenden ist. Und dass der Verbrauch gigantischer Trinkwassermengen auch noch billiger ist als Omas Kaffeewasser – das muss vorbei sein.

■ Nebenbei taucht die Frage

auf, ob angesichts neuer Bebauungsgebiete in Barmstedt die Feuerwehr immer überall genügend Löschwasser hat, wenn die Meierei/Käsefabrik aus dem Trinkwassernetz so große Mengen entnimmt.

■ Insgesamt dürfte die Meierei/Käsefabrik etwa genauso viel oder mehr Wasser verbrauchen wie die gesamte Bevölkerung. Das kann so nicht weiter gehen.

■ Weiterhin: Für die Einleitung etlicher Hunderttausend m³ Brändenwasser in die Regenwasserkanalisation hat die Meierei natürlich auch einen niedrigen Sondertarif erhalten. Bei Starkregenfällen kann das Entsorgungsnetz die gleichzeitige Einleitung sehr großer Mengen durch die Meierei nicht mehr verkraften.

Gut zwei Milliarden Menschen auf der Welt haben kein oder

kein sauberes Trinkwasser. Viele Grundwasserleiter in niedriger Tiefe – so in Barmstedt in ca. 30 Meter-Tiefe – sind mittlerweile schadstoffbelastet und nicht mehr nutzbar. Jüngst schlug der Verband der kommunalen Wasserwerke Alarm und wies darauf hin, dass die Grundwasserspiegel nach den trockenen Sommern noch nicht wieder aufgefüllt sind und immer mehr Wasser für industrielle Zwecke und angesichts von Trockenheit für die Landwirtschaft verbraucht wird. Vorrangig gelte es aber die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung langfristig abzusichern. Das sieht die BALL genauso. Die Stadtvertretung hat einstimmig beschlossen alle Planungen und Beschlüsse auf „Nachhaltigkeit“ zu überprüfen. Das bedeutet zu schauen, inwieweit das langfristig im Einklang mit dem Umweltschutz steht. Daher hat die BALL-Fraktion zur nächsten Stadtvertreterversammlung folgende Anfragen eingereicht:

- 1) Ist die Versorgung der Barmstedter Bevölkerung mit qualitativ gutem Trinkwasser langfristig gesichert? Für welchen Zeitraum in etwa, und wodurch wird diese Prognose begründet? Welche Maßnahmen müssen ggf. ergriffen werden?
- 2) Wie kann die Entnahme riesiger Wassermengen über den Brunnen der Meierei/Käsefabrik aus dem von den Stadtwerken für die Bevölkerung genutzten Grundwasserleiter unterbunden werden?
- 3) Wie kann die Abschöpfung riesiger Trinkwassermengen für industrielle Zwecke aus dem Leitungsnetz beendet werden?

Barmstedter Linke Liste

1989 schlossen sich Bürger*innen unserer Stadt zu einer linken Wählergemeinschaft zusammen. Dieses waren parteilose Linke, Gewerkschafter und Kommunisten. Die „Barmstedter Linke Liste“ – kurz BALL – war geboren und einige der Gründer*innen sind heute noch dabei.

Unser Ziel: Gemeinsam handeln – für eine soziale, demokratische, ökologische und antifaschistische Politik.

Mitglieder der BALL wurden in die Stadtvertretung gewählt und haben dort und mit der Arbeit in den verschiedenen Ausschüssen vieles erreicht und manches verhindert. Sie sind konsequent eingetreten gegen Sozialabbau, gegen Preis- und Gebührenerhöhungen, für den Bau von Sozialwohnungen, mehr Kita-Plätze und die Verbesserung der Lebenssituation der sozial Schwächsten – um nur Einiges zu nennen.

Und vor allem haben wir dafür gesorgt, dass die Politik nicht

hinter verschlossenen Türen gemacht wurde. „Damit man draußen sieht was drinnen geschieht“ war und ist oberster Wahlspruch der BALL; mit unserer „BALL-Zeitung“ und unter www.ball-barmstedt.de informieren wir regelmäßig, zu welchen Problemen wir uns im nächsten Zeitraum engagieren werden.

Nur gemeinsam können wir etwas erreichen! Deswegen unterstützt die BALL Menschen, die sich selbst für ihre sozialen und demokratischen Rechte und Interessen einsetzen – z.B. in Bürgerinitiativen.

Der Einsatz der BALL und ihrer Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter wurde von vielen Barmstedterinnen und Barmstedtern bei den Kommunalwahlen immer wieder anerkannt. Bei der letzten Wahl erhielt die BALL 20,5 % der Stimmen und ist seitdem mit 5 Mandaten in der Stadtvertretung. Dieses sind Dr. Günter Thiel, Henrik Pünner,

Britt Schölermann, Klaus Kuberzig und Helmut Welk.

Wir freuen uns auf weitere Mitstreiter*innen, die mit neuen Ideen und Anregungen die soziale und demokratische Entwicklung unserer Stadt mitgestalten wollen.

Aus Anlass unseres 30jährigen Geburtstages holen wir einen der profiliertesten Liedermacher nach Barmstedt. In seinem neuen Programm „Auf anderen Routen“ bezieht er klare politische Positionen und ist damit gleichzeitig einer der wenigen zeitgenössischen Vertreter des literarisch anspruchsvollen Chansons. Darüber hinaus werden aber auch Lieder seines Vaters, des Pinneberger Kreiskulturpreisträgers Franz Josef Degenhardt, im Programm stehen, die heute wieder auf fast unheimliche Weise von gerade zu erschütternder Aktualität sind.

30 JAHRE BALL

Barmstedter Linke Liste



Liedermacherkonzert mit Kai Degenhardt

Eintritt: 10 Euro, ermäßigt 5 Euro
Karten bei allen BALL-Mitgliedern und an der Abendkasse

Mittwoch, 25. September, 19 Uhr, Kulturschusterei

„Innenstadtquartier“ überdimensioniert

Die Planungen des Investors für das „Innenstadtquartier“ lösen im Bauausschuss und in den meisten Fraktionen kontroverse Diskussionen aus.

Der brachliegende Gebäudekomplex im Herzen der Stadt und die angrenzenden Flächen sind vor geraumer Zeit von einem Investor erworben worden. Die StadtvertreterInnen machten unter anderem frühzeitig deut-

lich, dass sie den Erhalt der Fassade des ehemaligen „Hotel Stadt Hamburg“ wünschen. Diesem und anderen Anliegen kam der Investor entgegen und unterbreitete sogar das Angebot, dass in einen Teil des künftigen Neubaus die Stadtbücherei einziehen könne. Da für die Stadtbücherei ohnehin neue Räumlichkeiten dringend benötigt werden, fand das Angebot in der Stadtvertretung breite Zustimmung.

So sah man den ersten Planungsentwürfen positiv entgegen. Diese zeigten jedoch ein gigantisches Gebäude, das sowohl in der Höhe als auch in der Fläche riesige Ausmaße besitzt. Es wäre nicht nur das höchste Bauwerk in der Innenstadt, auch das Volumen wäre gewaltig: Das direkt benachbarte Rathaus würde etwa fünfmal hineinpassen. Ohne Frage würde dieser überdimensionierte Komplex das Stadtbild

maßgeblich prägen. Das Verkehrsaufkommen in den sensiblen innerstädtischen Bereichen wird durch das neue Gebäude, in dem etwa 50-60 Wohnungen, ca. 1500 Quadratmeter Geschäftsflächen und die Stadtbücherei entstehen sollen, eine immense Steigerung erfahren. Gerade in Hinblick darauf sind die eingeplanten Parkflächen aus unserer Sicht zu spärlich bemessen. Auch die Umfahrung des Areals, die seit

längerem im Gespräch ist, damit eine bessere Verkehrsführung zum zentralen Parkplatz am Küsterkamp möglich wird, ist bei diesen Gebäudeabmessungen nicht sichergestellt. Auch für eine künftige Zufahrt zum REWE-Parkplatz gibt es im derzeitigen Entwurf noch keine Lösung. Ganz davon abgesehen, dass der Küsterkamp sich zu einer regelrechten „Straßenschlucht“ entwickeln würde. Selbstverständlich möchte der

Investor seinen Besitz wirtschaftlich optimal nutzen und selbstverständlich kann Barmstedt sich glücklich schätzen, dass es Interessenten gibt, die bei uns derartige Projekte voranbringen wollen. Allerdings sind wir als BALL überzeugt, dass auch ein etwas kleineres Gebäude für den Investor wirtschaftlich wäre. Ein kleineres Gebäude würde sich zudem wesentlich besser in das Stadtbild einfügen und ließe mehr Raum für Mensch und den notwendigen Verkehr.



20. September: Streikt mit uns!

Es geht der Klimaschutzbewegung Fridays for Future nicht um's Schulschwänzen – das wurde auch an zahlreichen Aktionen in den Sommerferien deutlich. Die Auslöserin dieser Bewegung, Greta Thunberg aus Schweden, hat am 19. Juli diesen Jahres den Streik in Berlin begleitet und große Aufmerksamkeit in der Presse gefunden. Durchgreifende politische Konsequenzen fehlen allerdings noch immer, auch wenn wichtige Politiker/innen Verständnis und sogar Unterstützung für die Jugendbewegung zeigen.

Fridays for Future hat für Ende September eine bundesweite Aktionswoche angekündigt. An dieser Aktionswoche sollen sich nicht nur junge Menschen, sondern auch Erwachsene beteiligen; die ältere Generation ist ausdrücklich zur Mithilfe aufgefordert.

Schon bisher gibt es Unterstützerguppen wie „Workers for Future“, „Scientists for Future“, „Artists for Future“ und „Parents for Future“.

In einem Gastbeitrag für die Süddeutsche Zeitung vom 23. Mai 2019 rufen Greta Thun, Luisa Neubauer aus Deutschland sowie zahlreiche weitere Aktivistinnen und Aktivisten aus der ganzen Welt zu einem weltweiten Klimastreik auf. In ihrem Aufruf heißt es unter anderem:

„... Wir, Kinder und junge Erwachsene, haben festgestellt, dass wir keine Wahl haben: Jahre sind mit Gerede vergangen, mit unzähligen Verhandlungen, mit nutzlosen Vereinbarungen zum Klimawandel. Firmen, die fossile Brennstoffe fördern, dürfen jahrzehntelang ungehindert in unseren Böden schürfen und unsere Zukunft abfackeln. Politiker

wussten seit Jahrzehnten über den Klimawandel Bescheid. Sie haben ihre Verantwortung für unsere Zukunft bereitwillig Profiteuren überlassen, deren Suche nach schnellem Geld unsere Existenz bedroht.

Wir haben begriffen: Wenn wir nun nicht damit beginnen, für unsere Zukunft einzustehen, wird niemand anderes den Anfang machen. Wir selbst sind die, auf die wir gewartet haben.

Einmal mehr wird man unsere Stimmen auf den Straßen hören, aber es kann nicht nur an uns hängen bleiben.

Wir haben das Gefühl, dass viele Erwachsene noch nicht ganz verstanden haben, dass wir jungen Leute die Klimakrise nicht allein aufhalten können. Tut uns leid, wenn Sie das nicht wahrhaben wollen. Aber das ist keine Aufgabe für eine einzelne Gene-

ration. Das ist eine Aufgabe für die gesamte Menschheit. Wir jungen Leute können unseren Beitrag für einen größeren Kampf leisten, und das kann einen großen Unterschied machen. Aber das funktioniert nur, wenn unser Aufschlag als Aufruf verstanden wird.

Deswegen ist dies unsere Einladung. Am Freitag, 20. September, werden wir mit einem weltweiten Streik eine Aktionswoche für das Klima beginnen. Wir bitten Sie, sich uns anzuschließen. Es gibt in verschiedenen Teilen der Welt viele verschiedene Pläne für Erwachsene, sich zusammenzuschließen, Farbe zu bekennen und sich für unser Klima aus der Komfortzone herauszuwagen. ...“

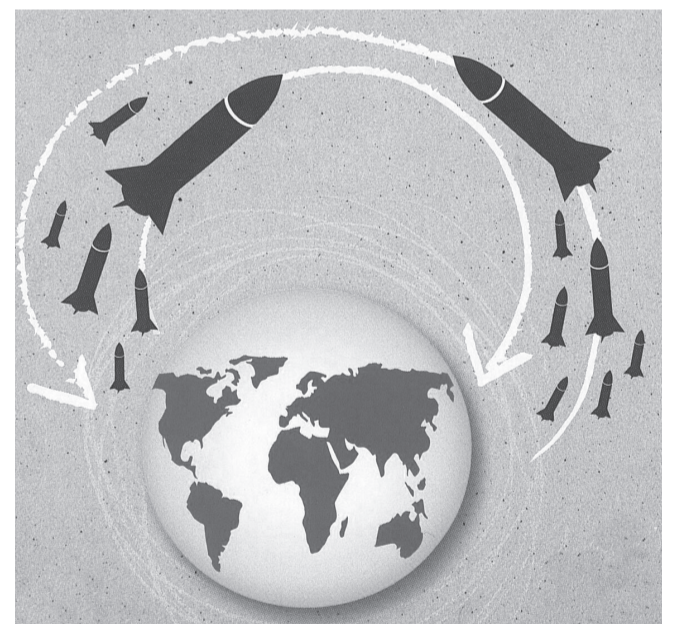
Aktuelle Informationen zu der geplanten Aktionswoche werden auf der Internetseite der Bewegung: fridaysforfuture.de veröffentlicht.

Keine neuen Atomraketen in Europa!

Am Anfang der 1970er Jahre einigten sich die USA und die Sowjetunion mit dem SALT-Vertrag auf eine Obergrenze bei ihren strategischen Atomwaffen. Dies sind Atomraketen mit einer Flugreichweite um die 10.000 km. Sie waren in den beiden Staaten stationiert. Da die atomaren Kurz- und Mittelstreckenraketen mit einer maximalen Reichweite von 5.500 km das Gebiet des Gegners nicht erreichen konnten, waren sie aus dem Vertrag ausgeklammert. Ende der 1970er Jahre tauschte die Sowjetunion ihre älteren Mittelstreckenraketen gegen neue aus. Dies nahm die USA geschickt zum Anlass in Europa

fluss gelang. Nachdem in Westeuropa millionenfach Appelle gegen die neue Hochrüstung unterschrieben wurden und nicht nur in Deutschland Hunderttausende auf den Straßen demonstrierten, konnten sich die USA und die Sowjetunion auf einen INF-Vertrag einigen. Dieser sah den Abzug und die Verschrottung ihrer landgestützten Mittelstreckenwaffen vor. Über 6000 Atomsprengköpfe und ca. 3000 Raketen wurden vernichtet.

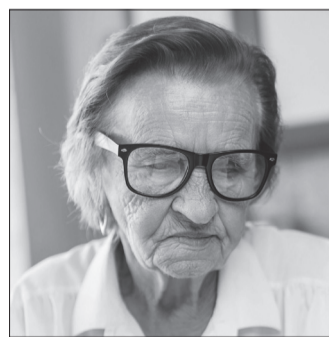
Nach fast 30 Jahren werfen sich die USA und Russland jetzt gegenseitig vor, diesen Vertrag zu verletzen. Die USA sagen, Russland baue eine neue landgestützte Mittelstreckenrakete. Dies bestreitet Russland und hat



Jeder zweite Rentner ist arm

Jede zweite gesetzliche Rente beträgt weniger als 900 Euro. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linkspartei hervor. Demnach erhielten im vergangenen Jahr 51,4 Prozent der Altersrentner weniger als 900 Euro – das sind rund 9,4 Millionen Menschen. 58,6 Prozent der Rentner bekamen weniger als 1.000 Euro.

Die Daten beziehen sich auf die Auszahlungen, nach Abzug von Sozialversicherungsbeiträgen und vor Abzug von Steuern. Die Mehrheit der Rentner*innen erhält Renten unterhalb der Armutschwelle. Viele kämen nur deshalb über die Runden, weil sie sich gezwungenermaßen etwas hinzuverdienen. Über eine Mil-



lion sind zusätzlich auf Grundversicherung angewiesen. Diese Sozialleistung deckt aber nur Teile der Kosten der Unterkunft und einen Regelbedarf ab.

Die Linkspartei nannte als eine der Wurzeln des Übels die niedrigen Löhne, vor allem im unteren Lohnbereich. Es müsste aber auch die Rentenberechnung dahingehend geändert werden, dass

nicht wie jetzt das gesamte Lebensentkommen allein der Berechnung zugrunde gelegt wird, sondern wie bei den Beamten das Durchschnittseinkommen der letzten 3 Jahre. Zur Finanzierung sind der Produktivitätszuwachs, der durch leistungsfähigere Maschinen, der ausschließlich durch die bedienenden Arbeitnehmer erwirtschaftet wird, und die Kapitalgewinne über eine Verbeitragung in der Rentenversicherung heranzuziehen. Im übrigen müsste das Rentenniveau wieder auf mindestens 53% angehoben werden. Etwas ähnliches fordert auch das Vorstandsmitglied der IG Metall Dr. Hans-Jürgen Urban. Vor allem Frauen, die aufgrund von unterbrochenen Erwerbsbiographien zu geringen Renten erwarten, müs-

sen vor Armut geschützt werden. Seit Monaten verspricht die Bundesregierung die Einführung einer Grundrente. Sie wird aber nur wenigen Rentner*innen zugute kommen, denn sie soll nur 10 Prozent über dem Grundsicherungsbedarf, der derzeit rund 800 Euro beträgt, liegen. Das ist viel zu kurz gegriffen. Diese Grundrente löst das Problem der Altersarmut leider nicht. Sie geht zudem mit den geforderten 35 Beitragsjahren an der Lebensrealität vieler Menschen vorbei.

Niemand darf im Alter arm sein – egal ob nach einem Leben in Erwerbsarbeit, durch Berufsunfähigkeit, Zeiten von Arbeitslosigkeit oder Kindererziehung. Niemand darf gezwungen sein zum Überleben Pfandflaschen zu sammeln. Notwendig ist eine Mindestrente von 1.050 Euro netto im Monat – darunter droht Armut.

Mittelstreckenraketen aufzustellen. Da diese Raketen von der kürzen Entfernung her die Sowjetunion erreichen konnten, aber die sowjetischen Mittelstreckenraketen nicht bis in die USA fliegen konnten, kam es zu Verschiebungen im atomaren Gleichgewicht. Im Gegensatz zu den Interkontinentalraketen, die ca. 30 Minuten benötigen um die USA oder die Sowjetunion zu treffen, benötigten die in Europa stationierten US-Mittelstreckenraketen nur noch ca. 8 Min., um in die Sowjetunion zu gelangen. Da waren kaum noch Gegenmaßnahmen möglich. Die Atomkriegsgefahr erhöhte sich um ein Vielfaches.

Als Reaktion auf diese Bedrohung formierte sich in Europa eine starke Friedensbewegung, die politisch immer mehr an Ein-

Überprüfungen vor Ort angeboten. Diese wurden aber von der Gegenseite abgelehnt. Russland wirft den USA vor, dass sie in Rumänien und in Polen Abfangraketen nicht bis in die USA fliegen konnten, kam es zu Verschiebungen im atomaren Gleichgewicht. Im Gegensatz zu den Interkontinentalraketen, die ca. 30 Minuten benötigen um die USA oder die Sowjetunion zu treffen, benötigten die in Europa stationierten US-Mittelstreckenraketen nur noch ca. 8 Min., um in die Sowjetunion zu gelangen. Da waren kaum noch Gegenmaßnahmen möglich. Die Atomkriegsgefahr erhöhte sich um ein Vielfaches. Als Reaktion auf diese Bedrohung formierte sich in Europa eine starke Friedensbewegung, die politisch immer mehr an Ein-